



MEIN STANDPUNKT

Wir brauchen mehr Jugendberufshilfe

VON MARCEL BORER

Es ist über alle politischen Richtungen hinweg unbestritten, dass die berufliche Grundausbildung von grosser sozialpolitischer Bedeutung ist. Qualifizierte Berufsleute reduzieren das Armuts- und Arbeitslosigkeitsrisiko und sichern gleichzeitig die Zukunft des Wirtschaftsstandortes Schweiz. Im Sinne der Übernahme von Eigenverantwortung fordert der Staat von den jugendlichen Schulabgängerinnen und Schulabgängern und deren Eltern Eigeninitiative und Engagement bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz für eine berufliche Grundausbildung. Gleichzeitig bietet er Unterstützung in Form von Berufsberatung, schulischen Brückenangeboten und vereinfachten beruflichen Einstiegsmöglichkeiten an. Doch trotz aller dieser Bemühungen seitens der Eltern, der Schule, der Behörden und der Arbeitgeber steigt die Zahl der arbeitslosen und potentiell fürsorgeabhängigen Jugendlichen in deutlichem Ausmass (vgl. bz-Artikel «Arbeitsmarkt bleibt angespannt» vom 8. Juli).

Marcel Borer ist dipl. Sozialpädagoge. Er ist 1957 geboren, wohnt in Buckten und führt eine Pädagogische Praxis in Liestal.

Dass die arbeitslosen und fürsorgeabhängigen Jugendlichen oft über ungenügende schulische Qualifikationen und mangelnde soziale Kompetenzen für die erfolgreiche Integration in die Berufswelt verfügen, ist hinreichend bekannt. Doch diese Erkenntnis ist auf sich alleine gestellt wertlos, denn gerade die beschäftigungslosen und desillusionierten Jugendlichen laufen Gefahr, sich aus schulischem Ungenügen und Frustration mehr und mehr der Einflussnahme durch Eltern und Behörden zu entziehen. Sie sind dann oft kaum mehr in der Lage, auch nur einfachsten Anforderungen wie Pünktlichkeit oder anderen sozialen Tugenden nachzukommen.

Was letztlich in Jugendarbeitslosigkeit mündet, ist die Folge einer mehrjährigen Entwicklung und, wie es eine Studie der Universität Freiburg mit dem Titel «Von der Schule in die Berufslehre» (Verlag Haupt, Bern, 2004) aufzeigt, gekoppelt an soziale Herkunft, Nationalität und Geschlecht. Jugendarbeitslosigkeit kann deshalb nicht durch einseitige staatliche Eingriffe oder Regulierungen im Lehrstellenmarkt, wie sie zum Beispiel mit der Lehrstelleninitiative gefordert wurden, gelöst werden. Auch der Schule können

nicht beliebig weitere Aufgaben aufgebürdet werden.

Hier ist nun eindeutig die Familienpolitik aufgefordert, mit den Mitteln der Jugendberufshilfe rasch nach adäquaten Mitteln und Wegen zu suchen, damit junge Menschen möglichst aus eigener Kraft erfolgreich den Zugang in die Berufswelt finden. Dazu gibt es in der Region erfolgreiche Modelle wie «job factory» oder «wie weiter», die jedoch nur einen kleinen Teil der beschäftigungslosen Jugendlichen aufnehmen und fördern können.

Notwendig ist dringend die Schaffung und Koordination von zusätzlichen, kleinräumigen Angeboten, welche erwerbslose Jugendliche in die soziale Verantwortung nehmen und sie mit den realen Anforderungen der Arbeitswelt konfrontieren. Und was wäre so falsch an Konzepten, die Jugendliche mit Nachdruck von der Strasse wegholen und in geordnete Arbeitsstrukturen bringen? Zumindest aus meiner Erfahrung als Lehrstellenvermittler und Erziehungsberater weiss ich von zahlreichen Eltern, wie alleingelassen sich diese fühlen mit ihren heranwachsenden Kindern, denen der reguläre Einstieg in die Arbeitswelt verwehrt ist.